



# ORIENTIERUNG

Nr. 1 61. Jahrgang Zürich, 15. Januar 1997

VOM 1. BIS 12. DEZEMBER 1997 wird in Kyoto die nach Berlin (1995) und Genf (1996) dritte Konferenz der Signatarstaaten (CoPIII) der Klimakonvention von Rio de Janeiro (1992) stattfinden. Nachdem man auf der Berliner Konferenz erkannt hatte, daß die in der Konvention vorgesehenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Treibhauseffektes unzureichend seien, begann darüber eine neue Verhandlungsrunde, die in Kyoto zu einem Text führen soll, der weitergehende Reduktionen von Treibhausgasen für die Industrienationen festlegt.

## Klimapetition

Der Genfer Konferenz vom Juli vergangenen Jahres lag ein Bericht des IPCC, des internationalen Expertengremiums, das unter der Verantwortung der Vereinten Nationen arbeitet, vor, in dem nicht nur die bisherigen Ergebnisse über den Klimawandel bestätigt wurden. Vielmehr wurde zum ersten Mal ausdrücklich festgestellt, daß der Klimawandel durch menschliche Einwirkungen mitverursacht wird. Während der Genfer Konferenz wurde außerdem ein Bericht der Weltgesundheitsorganisation bekannt, in welchem auf den Zusammenhang von Klimawandel und Gesundheit hingewiesen wurde (u.a. daß sich die Malaria immer mehr von Süden nach Norden verschiebt). Obwohl es in den letzten Tagen der Konferenz zu einer ermutigenden Erklärung der Umweltminister kam (der IPCC-Bericht wird als die «im Augenblick umfassendste und zuverlässigste Zusammenfassung der wissenschaftlichen Forschung über den Klimawandel, seine Folgen und die möglichen Maßnahmen» bezeichnet und sofortiges Handeln in Richtung einer rechtlich verbindlichen Vereinbarung über die Reduktion von Treibhausgasen wird verlangt), kam die Konferenz zu keiner wirklichen Einigung. 14 Delegationen, vor allem aus Öländern, erklärten ausdrücklich, daß sie mit der Erklärung nicht einverstanden seien. Der Text selber spricht sich im übrigen weder über das Maß noch über den Zeitplan der Reduktionen aus.

Von entscheidender Bedeutung für einen möglichen Fortschritt auf der kommenden Konferenz von Kyoto wird es sein, ob es nach der Session von Dezember 1996 auf der für März 1997 in Bonn angesetzten Session – ein Entwurf für einen Zusatztext zur Konvention muß mindestens sechs Monate vor der Konferenz vorliegen – zu einer Entscheidung für einen Textentwurf kommen wird. Die Klimapetition, die der Ökumenische Rat der Kirchen in Zusammenarbeit mit zahlreichen Kirchen, kirchlichen Institutionen und Umweltorganisationen im Juni vergangenen Jahres gestartet hatte,<sup>1</sup> richtet sich an die Regierungen und Parlamente der Industrienationen. Damit sollen die einzelnen Regierungen zu wirksamen Schritten bei der Bekämpfung des Ausstoßes von Treibhausgasen ermutigt werden. Denn in der Vergangenheit hat sich immer wieder gezeigt, daß Regierungen sich erst dann für wirksame Maßnahmen entscheiden, wenn sie auf die Bereitschaft der Bevölkerung zählen können. Diese Petition läuft noch bis zum 25. Januar 1997.<sup>2</sup> Die Petition verlangt im einzelnen, das in Rio de Janeiro abgegebene Versprechen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis zum Jahr 2000 auf das Maß von 1990 zu senken, einzuhalten und für die Zeit nach 2000 international verbindliche Verträge über weitere Reduktionen abzuschließen und dafür geeignete Maßnahmen in die Wege zu leiten. Außerdem sollen durch die Regierungen öffentliche Debatten über den Klimawandel wie die aktive Teilnahme der Bevölkerung bei der Durchführung von Lösungen gefördert werden.

Nikolaus Klein

<sup>1</sup> Vgl. Klimawandel – handeln wir jetzt, in: Orientierung vom 31. Mai 1996, S. 114.

<sup>2</sup> Verantwortlich für die Schweiz: Ökumenische Arbeitsgemeinschaft Kirche und Umwelt, Postfach 7449, 3001 Bern, (031) 372 44 14 und Fax 371 12 64; für Deutschland: Pfr. U. Denkhäus, Nedderstr. 37, D-42549 Velbert, (02051) 53 355 und Fax 952 622;

für Österreich: Prof. J. G. Haditsch, Mariatrosterstr. 193, A-8043 Graz, (0316) 32 12 06; für den Weltkirchenrat: Dr. D. Hallman, WCC Unit III: Justice, Peace and Creation, P.O. Box 2100, CH-1211 Genf, (022) 791 65 51.

## UMWELT

**Klimapetition:** Klimawandel und menschliche Verantwortlichkeit – Ein Aufruf des Ökumenischen Rates der Kirchen – Petition an die Regierungen und Parlamente der Industrienationen.  
Nikolaus Klein

## THEOLOGIE

**Alphabete der Nachfolge:** Zu einer Veröffentlichung von P.G. Schönborn – Ausgewählte Lebensgeschichte von Märtyrern des 20. Jahrhunderts – Eine Ökumene in der eindeutigen Nachfolge Jesu – Zeugnis für den politischen Jesus Christus – Die Widerstandslinie im Christentum.

Hans Goedecking, Wuppertal

## ZEITGESCHICHTE/EUROPA

**Konflikt zwischen Modernisierung und Identität:** Ein Beitrag zum ost-westlichen Europa-Diskurs – Im Vorfeld von Maastricht II – Ein signifikanter Wandel im Sprechen über Europa – «Osterweiterung» statt «Zurück nach Europa» – Unterschiedliches Europaverständnis – Die Stimme von Milan Kundera und Czesław Miłosz – Gefährdete Tradition der multinationalen Einheit – Um welchen Preis eine Integration? – Verzögerte Modernisierung – Das Beispiel Polen – Die kontroverse Debatte um die Modernisierung Polens – Der Liberalismus als neues Feindbild – Notwendige Differenzierungen im Verständnis von Moderne – Schritte in einem weiterführenden Dialog.

Theo Mechtenberg, Bad Oeynhausen

## WIEN

**Vom Schtetl ins «Licht der Aufklärung»:** Zu einer Publikation von M. Keil – Wien als heftig umschwärmte Geliebte – Zur Geschichte der Juden – Antisemitismus als «leichtsinniger Haß»? – Ein Blick auf wenig bekannte Autorinnen und Autoren – Eine beinahe verschwundene Welt.

Beatrice Eichmann-Leutenegger, Muri bei Bern

## LITERATUR/ZEITGESCHICHTE

**Literaturzensur:** Eine Befragung von Autoren aus der ehemaligen DDR – Aufschlußreiche Selbstbekenntnisse der Befragten – Totale Manipulation der veröffentlichten Meinung – Selbstzensur als tückischste Form der Zensur – Chancen auf dem Westmarkt vor und nach der Wende – Zum Warencharakter von Literatur.

Wolfgang Schlott, Bremen

## INHALTSVERZEICHNIS

Autoren-, Personen- und Sachverzeichnis des 60. Jahrgangs.

# ALPHABETE DER NACHFOLGE

Christen und Christinnen zeugen gerade im 20. Jahrhundert als Märtyrer bis in ihren gewaltsamen Tod hinein für Jesus Christus und für die Entrechteten. Durch ihr Sterben bezeugen sie den Ruhm Gottes, der darin besteht, daß alle Menschen in Gerechtigkeit leben können. Sie stehen bis zur letzten Konsequenz ein dafür, daß den Rechtlosen und Armen Gerechtigkeit zuteil werden wird.

## Ökumene der Märtyrer

«Alphabete der Nachfolge – Märtyrer des politischen Christus», heißt das Buch, das der evangelische Theologe *Paul Gerhard Schoenborn* 1996 im Peter Hammer Verlag Wuppertal vorgelegt hat. Er stellt an ausgewählten Lebensgeschichten Märtyrer des 20. Jahrhunderts vor. Nicht mehr die jeweilige kirchliche Zugehörigkeit ist wichtig, sondern die eindeutige Nachfolge Jesu. Katholiken und Protestanten, Theologen und Laien, Menschen aus Dörfern und Großstädten, eine Frau und verschiedene Männer, Berühmte und (für uns) Unbekannte, Europäer und Lateinamerikaner sind bei allen Unterschieden in einem gleich: Sie treten in der Nachfolge Jesu ein für die Entrechteten und die Gequälten. Aber nicht nur das. Ihr Lebenszeugnis hat Bedeutung für «die andern»,<sup>1</sup> für ihr Volk, für ihre, für unsere Kirche, für die politischen Konsequenzen ihres und unseres eigenen, christlichen Lebens in den großen gesellschaftlichen Zusammenhängen.

So ist auch der Untertitel des Buches gemeint: «Märtyrer des politischen Christus.» Konsequenzen in eigenen Zusammenhängen zu ziehen – das wird uns zur Aufgabe gemacht: Jesus und die Märtyrer zu buchstabieren in unsern Lebenszusammenhängen in den eigenen Alphabeten der Nachfolge. Hier wird die missionarische Absicht des Buches deutlich. Jesus selbst wird wegen seines politischen Handelns, mit dem er zur Befreiung der Un-

<sup>1</sup> Dietrich Bonhoeffer, *Widerstand und Ergebung*. München 1977, S. 415. «Kirche für andere» wurde 1971 und 1972 in der damaligen DDR durch Synodalbeschlüsse zu einem Leitthema des Bundes der Kirchen in der DDR. Vgl. Albrecht Schönherr, *Bonhoeffer und die Kirche in der DDR*, in: *Bonhoeffer-Studien*, hrsg. von Albrecht Schönherr und Wolf Krötke, München 1985, S. 148–156.

<sup>2</sup> Paul Gerhard Schoenborn, *Alphabete der Nachfolge – Märtyrer des politischen Christus*. Wuppertal 1996, S. 183.

terdrückten aufrief und sie in Gang setzte, «verfolgt, gefoltert und umgebracht – nicht wegen seiner persönlichen Frömmigkeit».<sup>2</sup>

Nicht die offizielle kirchliche Anerkennung hat sie als Märtyrer erklärt oder bestätigt. Sie leben durch den Glauben der Gemeinden und Gruppen, der Basisgruppen und Ortskirchen. Indem er das Leben und Sterben dieser Menschen unseres Jahrhunderts in seinen Texten vor uns ausbreitet, so daß wir sie als Nachfolger Jesu erkennen, fordert der Verfasser auf zum Nachbuchstabieren ihrer Lebensalphabete. Im Zeugnis der Mitlebenden – und Mitlebenden – leben die Märtyrer jetzt als unsere Zeitgenossen. Die «Zeichen der Zeit»<sup>3</sup> unseres Jahrhunderts werden erst durch sie richtig verstanden. Märtyrer bringen die politischen Konsequenzen unseres Glaubens um Christi willen zum Leuchten. Das geschieht nicht nur durch die inzwischen Weltbekannten (Bonhoeffer, Romero) oder in ihrem Volk Verehrten – den dänischen Pfarrer *Kaj Munk* –, sondern auch durch die unter uns in der westlichen Welt Unbekannten, die aber längst in ihrem Volk oder ihrer Gemeinschaft Märtyrer geworden sind, Zeugnisträger der Entrechteten, christliche Glaubenszeugen in Lateinamerika. Tausende solcher Märtyrer gibt es heute in Lateinamerika in verschiedenen Kirchen.

Ein ökumenisches Buch! Die Märtyrer sind vereint durch die Zeichen von Glauben und Leben. Sie werden lebendige Zeugen der Grundlagen des Christentums. Paul Gerhard Schoenborn bindet – für viele in Europa immer noch ungewohnt – mehrere Märtyrerschicksale des 20. Jahrhunderts so aufs engste zusammen.

## Aus dem Alphabet

▷ Das Märtyrerschicksal *Franz Jägerstätters*, eines unbeirrbar Bekenner des Glaubens aus Österreich, der als Kriegsdienstverweigerer 1943 unter der Nazi-Diktatur den Tod erlitt. Er war zuletzt übrigens im gleichen Militärgefängnis wie Bonhoeffer: in Berlin-Tegel.

▷ Das Zeugnis des dänischen Pfarrers *Kaj Munk*, der bereits von 1935 an durch seine Theaterstücke, Schriften und Predigten Einfluß auf das Volk in Dänemark gewann in der Ablehnung des Antisemitismus und der später 1940 bis 1944 in seinen «prophetischen» Predigten zum Zeugen wurde für die Juden und gegen die deutsche Gewaltherrschaft – bis hin zu seiner Ermordung durch die Nazi-Schergen Anfang 1944. Wer ist Führer: Hitler oder Christus? Munk gab selbst eindeutig öffentlich Antwort und wurde ermordet. Er leistete Widerstand gegen die unterdrückerische Herrschaft der Deutschen und war dabei «von der irdischen Gültigkeit des Wortes Gottes durchdrungen».<sup>4</sup>

▷ Der Pfarrer und Dozent *Dietrich Bonhoeffer*, ein Märtyrer, der den Weg in den Widerstand und in die Konspiration als seinen Weg angenommen hatte, konsequent, unabweisbar aus dem Glauben heraus: Gegen den millionenfachen Mord an den Juden, an den Geisteskranken und an anderen Unschuldigen. Er wurde bereits im Juli 1945, drei Monate nach seinem gewaltsamen Tod, durch den Lordbishop *Bell* von Chichester in dem Gedächtnisgottesdienst in London, der von der BBC ausgestrahlt wurde, als Märtyrer bezeugt und seither durch viele Stimmen an den verschiedensten Orten der Welt bestätigt. Die deutsche Kirche, genauer der zuständige Bischof *Meiser* in Bayern, wo Bonhoeffer mit andern zusammen noch im April 1945 in Flossenbürg ermordet wurde, lehnte es im Jahre 1947 und 1953 ausdrücklich ab, ihn als Glaubenszeugen anzuerkennen. Dann bestätigte die Evangelische Kirche Deutschlands die Ablehnung noch jahrzehntelang (zum Beispiel 1978: Bonhoeffers Widerstand; übertragen auf den Anti-Rassismus in Südafrika, rein politisch gedeutet),<sup>5</sup> bis in Flossenbürg am 9. April 1995, dem 50.

<sup>3</sup> Ebd. S. 113.

<sup>4</sup> Ebd. S. 75–77.

<sup>5</sup> Ebd. S. 85.

## Katholische Kirchengemeinde der Landschaft Davos

# DAVOS

Die Katholische Kirchengemeinde von Davos mit zirka 4500 Mitgliedern sucht auf Sommer 1997 oder nach Vereinbarung einen

## Priester und/oder Gemeindeleiter/in

zur Ergänzung des Seelsorgeteams. Es besteht die Möglichkeit, daß sich eine bis zwei Personen die nachfolgenden Aufgaben teilen:

- Leitung der Pfarrei
- Verkündigung und Liturgie
- Religionsunterricht Oberstufe
- Jugendarbeit
- Begleitung von Pfarreigruppierungen
- und weitere Aufgaben

Das Pfarreileben wird von vielen Frauen und Männern mitgetragen, die sich im Sinne des zweiten vatikanischen Konzils einsetzen für die Erhaltung einer lebendigen Gemeinde.

Auf Ihre schriftliche Bewerbung freuen wir uns. Senden Sie diese an den Kirchengemeindepräsidenten, Herrn Joe Lemm, Hofstr. 8A, CH-7270 Davos Platz, Telefon P 081 413 27 61, G 081 416 33 55.

Jahrestag seiner Ermordung, der bayerische Landesbischof *Hermann von Loewenich* für die bayerische Kirche beschämt Bonhoeffer als Märtyrer der Kirche ehrte.

▷ Erzbischof *Oscar Arnulfo Romero*, der 1977, bald nach seiner Einsetzung in das Amt des Erzbischofs für die Armen öffentlich einstand und deshalb, wegen seines von ihm immer wiederholten und immer drängender werdenden öffentlichen Zeugnisses 1980 den Tod durch die für den Mord Beauftragten der Regierung in San Salvador erlitt. Die Regierung des Landes und der päpstliche Nuntius haben bis heute alles getan, um den Mord unaufgeklärt zu lassen!

▷ *Margarida Maria Alves*, die als Landarbeiterin und Gewerkschafterin die Rechte der Arbeiter und Arbeiterinnen in Nordost-Brasilien immer wieder einklagte und deshalb 1983 von gedungenen Schergen der Zuckerbarone ermordet wurde.

▷ Die Tausende Märtyrer in Lateinamerika, die in diesem Jahrhundert für die Rechte der Armen und Gequälten eintraten, die dann verfolgt und schließlich umgebracht, ermordet wurden und heute in ihrem Volk, ja in den Völkern Lateinamerikas im Glauben auferstehen und leben.

### Zeugnis für den «politischen Jesus Christus»

Die Zusammenhänge zwischen diesen zunächst sehr unterschiedlichen Figuren zu erkennen, ist spannend und fruchtbar. Schon Franz Jägerstätter, den katholischen Bauern aus einem kleinen Dorf in Oberösterreich, und Dietrich Bonhoeffer, den protestantischen Pfarrer und weitblickenden Theologen aus dem großbürgerlichen Berlin, zusammenzusehen, ist aufschlußreich. Denn sie sind verbunden durch die klare Glaubenseinsicht und den Lebensgehorsam in der Nachfolge Jesu Christi, denen sie beide nicht auswichen, so unterschiedlich auch die Einzelheiten ihrer Biographien waren. Sie stehen in einem inneren Zusammenhang mit dem dänischen Pfarrer Munk, der die Liebediene-

rei seines Volkes und seiner Kirche gegenüber der Gewalt der Deutschen in Dänemark öffentlich anprangerte und darum umgebracht wurde. Erst recht findet Schoenborn durch seine zusammenführende Sicht der ganz verschiedenen Zeugnisse des Glaubens in Europa und in der lateinamerikanischen Welt eine gemeinsame Grundlage. Erzbischof Romero, die Gewerkschafterin Margarida Marie Alves und die uns unbekannt Tausenden von Märtyrern und Märtyrerinnen bezeugen die politischen Konsequenzen ihres christlichen Tuns. Sie leben mit den europäischen Zeugen der Nazizeit zusammen und leiten uns auf den Pfad des Erkennens und des Wiedererkennens: in die Nachfolge Jesu Christi und an die Seite der Entrechteten. Schoenborn leitet uns an, diese entscheidenden Dimensionen zusammenzusehen, die heute vielen immer noch weit auseinandergerissen scheinen. Die Märtyrer zeugen für den «politischen Jesus Christus» um der Armen und Gequälten willen. Ich zögere nicht im Nachbuchstabieren des Alphabetes der Nachfolge an diesem Punkt: Glaubenseinsicht und konsequente politische Tat gehen bei den Märtyrern, den Zeugen Christi, Hand in Hand. Es ist beides gar nicht mehr voneinander zu trennen.

Am Schluß einer jeden in dem Buch dargestellten Lebensgeschichte faßt Schoenborn interpretierend Glaubens-Einsicht, Verkündigung des Reiches Gottes und politische Tat in klaren Sätzen zusammen. Er erleichtert uns Leserinnen und Lesern das Erkennen der «Widerstandslinie im Christentum», die «auf ihre Weise die Geschichte des leidenden Gottesknechtes fortführt»<sup>6</sup> bis in unsere Tage. Dem Aufruf zu einer «Theologie der Ökumene» aus der aufscheinenden «Ökumene der Märtyrer»<sup>7</sup> möchte ich mich hier anschließen.

*Hans Goedeking, Wuppertal*

<sup>6</sup> Ebd. S. 181.

<sup>7</sup> Ebd. S. 183.

## Konflikt zwischen Modernisierung und Identität

Ein Beitrag zum ost-westlichen Europa-Diskurs

Sich im Zusammenhang des gegenwärtig breit diskutierten EU-Beitritts mitteleuropäischer Länder auf die Frage eines möglichen Konflikts zwischen Modernisierung und Identität einzulassen, erscheint eher abwegig. Stehen nicht ganz andere Konflikte im Vordergrund? Etwa das Problem, wie die Osterweiterung der Europäischen Union erreicht werden kann, ohne ihren bislang gewonnenen Zusammenhang leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Oder: Können überhaupt von den beitragswilligen Ländern die ihnen auferlegten Verpflichtungen erfüllt werden? Verfügen sie bereits über eine stabile Demokratie sowie eine funktionsfähige Marktwirtschaft? Sind sie in der Lage, dem Wettbewerbsdruck innerhalb der Gemeinschaft standzuhalten? Anders gesagt: Sind die mitteleuropäischen Länder auf die harten Realitäten des europäischen Binnenmarktes vorbereitet? Und kann sich die EU überhaupt eine Osterweiterung leisten? Muß sie sich nicht zunächst selbst durch eine innere Reform auf diesen Schritt vorbereiten, also ihre internen Probleme lösen, wie es das erklärte Ziel der gegenwärtigen Regierungskonferenz Maastricht II ist? Und kommt es da angesichts der recht unterschiedlichen, ja teilweise gegensätzlichen Interessenlage der Mitgliedstaaten überhaupt zu einer Einigung? Zu vertretbaren, die Aufnahme mitteleuropäischer Staaten ermöglichenden Kompromissen – bei der Verwirklichung der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, bei der Stimmenverteilung im Ministerrat, bei einer Neuregelung der Agrar- und Strukturpolitik, bei der Umverteilung der Kosten, die eine Aufnahme mitteleuropäischer Länder für die EU mit sich bringt?

Diese und ähnliche konfliktreiche Fragen sind es, die die gegenwärtige Diskussion um eine Osterweiterung der EU bestimmen.

Überlegungen zu einem sie erschwerenden Konflikt zwischen Modernisierung und Identität treten demgegenüber in den Hintergrund und werden durch die Probleme praktischer Politik überlagert. Und doch lohnt es sich, ihnen Aufmerksamkeit zu schenken.

### «Osterweiterung» statt «Zurück nach Europa»

Beginnen wir mit einer semantischen Verschiebung, wie sie in den letzten Vor- und Nachwendejahren zu beobachten war: gegen Ende der 80er Jahre gab es in den mitteleuropäischen Ländern eine Diskussion, die in der Parole «Zurück nach Europa» ihren Ausdruck fand. So lautete die Devise der damaligen Opposition in Polen und Ungarn, in der Tschechoslowakei – und ihr Echo reichte bis nach Rumänien und Bulgarien. Laslo F. Földényi, ein ungarischer Intellektueller, schrieb drei Jahre nach der Wende in einem «Die Unteilbarkeit der Freiheit» betitelten Aufsatz die Sätze: ««Zurück nach Europa» – ich kenne keine andere Wendung in der ungarischen Sprache, die in den vergangenen drei Jahren öfter verwendet worden wäre, abgesehen vielleicht von der Aufforderung: «weg vom Osten», das heißt weg von einer Region, die anscheinend nichts mit Europa gemeinsam hat.»<sup>1</sup> Nicht anders war es in Polen. Ich erinnere mich an ein Internationales Symposium, an dem ich im Juni 1989, kurz vor den halb-freien polnischen Parlamentswahlen in Krakau, teilgenommen habe. Es ging um eine Analyse der Situation in den damals noch sozialistischen Ländern Mitteleuropas, um ihre sich mit der Ero-

<sup>1</sup> neue literatur, Zeitschrift für Querverbindungen, Bukarest, 2/93, S. 67.

sion der kommunistischen Regime sich abzeichnende Perspektive und Chance. Auch auf dieser Tagung lautete das Motto: «Zurück nach Europa.» Zunächst verstanden als Protestbegriff gegen die Hegemonie der Sowjetunion über den mitteleuropäischen Raum. Ein Motto der Befreiung also. Eine Forderung, die auf eine Revision der Nachkriegsordnung hinauslief, auf eine Überwindung der Spaltung Europas. Ein Begriff, unter dem diese Völker ihre Zugehörigkeit zum westlichen Europa anmelde-ten, von dem sie ohne eigene Schuld, wohl aber durch westliche Mitschuld, amputiert worden waren, wobei hintergründig auch eine in diesen Ländern seit Jahrhunderten lebendige Tradition eines «Verrats Europas» an seinen östlichen Randstaaten durchaus spürbar war. «Zurück nach Europa» – das war die Forderung, ein den mitteleuropäischen Ländern mit der Jalta-Ordnung angetanes Unrecht wiedergutzumachen. Doch die Parole «Zurück nach Europa» ist seit einigen Jahren verstummt. Stattdessen spricht man heute von der «Osterweiterung der EU». Es liegt nahe, diese semantische Verschiebung als in der Sache begründet anzusehen. Schließlich hat mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums die Hegemonie der UdSSR über Mitteleuropa ihr Ende gefunden. Der Weg «zurück nach Europa» ist mit der Wende der Jahre 1989/90 frei geworden. So erscheint die Osterweiterung der EU als logische Folge des Aufrufs «Zurück nach Europa». Was anders könnte auch gemeint sein, als daß die vom westeuropäischen Integrationsprozeß über mehr als vier Jahrzehnte ausgeschlossenen und kommunistischer Herrschaft unterstellten Völker nun endlich vollberechtigte Glieder der Europäischen Gemeinschaft werden.

### Ein unterschiedliches Europaverständnis

Und doch läßt sich fragen, ob das beiden Termini zugrundeliegende Europaverständnis deckungsgleich ist. Was wird, wenn das, was man in Mitteleuropa unter «Europa» versteht, für eine Osterweiterung der EU keine oder nur geringe Relevanz besitzt? Wenn hier ein latenter Konflikt vorliegt, der mit einer Aufnahme in die EU nicht gelöst, sondern möglicherweise verschärft wird?

Um diese Problematik zu verdeutlichen, soll im folgenden das mitteleuropäische Europaverständnis skizziert werden. Nehmen wir als erstes einen Auszug aus der Rede von Tadeusz Mazowiecki, dem ersten postsozialistischen Ministerpräsidenten Polens, vor dem Europarat, gehalten am 30. Januar 1990: «Immer war Europa der Bezugspunkt für die Antwort auf die Frage nach unserer Identität. Ein Europa, als dessen Verteidiger sich die Polen empfanden, das sie liebten. Durch drei Jahrhunderte war in Polen die Ideologie einer «Vormauer des Christentums» lebendig – also einer Vormauer Europas. Europa ist somit im polnischen Bewußtsein als Wert präsent, für den es sich zu leben lohnt, aber für den man mitunter auch sterben muß. Diesem Europa gegenüber gab es auch Vorwürfe, Groll, und diese Einstellung bestimmt unser kollektives Bewußtsein bis auf den heutigen Tag. Doch wir sehen weiterhin in Europa einen Wert, das Vaterland der Freiheit und des Rechts – und wir identifizieren uns weiterhin stark mit Europa. Weiterhin haben wir unsere Vorwürfe gegen Europa – wegen des Einverständnisses mit Jalta, mit der Teilung Europas, mit unserem Verbleib jenseits des Eisernen Vorhangs.»

Die Straßburger Rede des polnischen Ministerpräsidenten verfolgte das Ziel, den Westeuropäern das polnische Europaverständnis nahezubringen. Unüberhörbar seine Anspielung auf den Verrat Europas. An anderer Stelle spricht er in diesem Zusammenhang davon, daß «Rückkehr nach Europa» den gegenwärtigen Prozeß nur unzureichend kennzeichnet und man «von einer Wiedergeburt Europas reden» müsse, «das im Grunde seit den Beschlüssen von Jalta aufgehört hatte zu existieren». Er fragt sodann, was Polen neben seiner «Schwäche» auch an «Stärke» in die europäische Gemeinschaft einzubringen habe. Als Antwort verweist er auf die Erfahrungen unter dem totalitären System, auf die Kräfte, die es ermöglichten, diese Zeit zu über-

stehen. Wörtlich erklärte er: «Wir kennen den Preis für das, was Europa ist, für die europäische Norm, deren Erben heute die Bewohner des Westens sind, ohne eine Erbschaftssteuer entrichten zu müssen. Diesen Preis können wir ihnen in Erfahrung rufen. Was wir in Europa einbringen, ist somit unser Glaube an Europa.»

Mazowiecki spricht hier von «Preis» und «Norm», Begriffe, denen in Westeuropa über ihren ökonomischen und bürokratischen Geltungsbereich hinaus kaum noch eine Bedeutung zukommt. Undenkbar, daß sich ein westlicher Politiker vor dem Europarat in vergleichbarer Weise äußern würde. In den von Mazowiecki gewählten Formulierungen kommt ein gegenüber dem Westen anderes Europaverständnis zum Ausdruck – anders aufgrund geschichtlicher Erfahrungen, anders im Grundverständnis. Weniger an Institutionen als vielmehr an Werten orientiert. Europa wird gleichsam zu einem Aggregat von Werten – Demokratie, Menschenrechte, bürgerliche Freiheit, Solidarität. Doch ihre gesellschaftliche Institutionalisierung ist eher gering.

### Preisgabe der kulturellen Identität Mitteleuropas?

Was Tadeusz Mazowiecki als Sprecher seines Landes vor dem Europarat ausführte, läßt sich *mutatis mutandis* auf den gesamten mitteleuropäischen Raum übertragen. Es handelt sich um eine Region vergleichbarer geschichtlicher Erfahrungen, ein zwischen Osten und Westen gelegener Streifen überwiegend kleiner Völker mit erheblichen Verlusterfahrungen und einer verzögerten Modernisierung. Besonders deutlich thematisiert dies Czesław Miłosz in seinem Essay «Unser Europa» (1986), indem er die Geschichtsverbundenheit als besonderes Spezifikum der Mitteleuropäer hervorhebt, einschließlich der Erinnerung an die erlittenen Verluste – an den Holocaust, an die verlorene östliche Heimat. Kundera spricht aus tschechischer Sicht von der «Tragödie Mitteleuropas» (1986), so der Titel eines Aufsatzes, und er sieht sie vornehmlich in der Zerstörung eines traditionell vorgegebenen interkulturellen Raums durch einen Prozeß der Sowjetisierung.

Aber bringt der Westen dieser in mancherlei Hinsicht belasteten Geschichte Mitteleuropas die gebührende Aufmerksamkeit entgegen? Findet sie bei einer Aufnahme dieser Länder in die Europäische Gemeinschaft Verständnis und Berücksichtigung? Der bereits zitierte Ungar Földény schreibt:

«Unbestritten befinden wir uns im Vergleich zum Westen ständig im Verzug; aber ist das nicht deshalb so, weil die hiesige Region einen beispiellosen – ich meine für den Westen: unbegreiflichen – Entzug erlebte und noch erlebt? Vorenthalten würden ihr nicht einfach die westlichen Güter, sondern ein menschenwürdiges Leben überhaupt, was auch durch die Anbindung an noch so viele Kabelfernsehkanäle nicht auszugleichen ist. Mit so etwas wie negativem Stolz könnte ich sagen, dieser Teil Europas hat in den zurückliegenden Jahrzehnten ein solches Kapital an Leid und Demütigungen angehäuft, daß sich dieses an Größe mit dem westlichen, handgreiflichen Kapital durchaus messen kann. Dennoch ist beides nicht konvertierbar, so sehr wir uns das – als Paradebeispiel des Vergessens und Verdrängens – hier wie da wünschen: keine Seite vermag den «Schatz» der anderen Seite real zu beurteilen.»<sup>2</sup>

Und an anderer Stelle eines Aufsatzes heißt es: «Die mit Idealismus markierte Demagogie der Losungen «Zurück nach Europa», «Anschluß an Europa» oder «Wege nach Europa» suggeriert ungewollt auch, daß das, was wir im östlichen Teil des Kontinents durchgemacht haben, nicht zu Europa gehört, daß unser Leiden nicht ein Teil und schon gar nicht eine Wurzel der europäischen Kultur ist, daß alles, was der Osten durchzustehen hatte, mit Europa weniger zu tun hat als etwa das amerikanische McDonald's mit dessen Geschmack auf der Zunge der danach Hungernde sich angeblich als Europäer fühlen darf. Es sieht so aus, als wolle der Westen mit seiner Aufgeklärtheit und dem, was dahinter-

<sup>2</sup> Ebd.

steckt: seiner unaufhaltbaren, technischen Expansion, alles in Staub und Asche verwandeln, was unfähig ist, sich zu assimilieren oder was ihm widerstehen will. Er ist nicht neugierig auf spezifisches Wissen und auf Erfahrungen, die dem Leid entspringen sind; lieber stellt er sich denen, die ohnehin keine andere Wahl haben, als sich ihm anzupassen, narzißtisch als Beispiel hin.»<sup>3</sup>

Das ist sehr zugespitzt formuliert. Aber damit ist auch der Finger auf eine offene Wunde gelegt. Es geht um nichts Geringeres als um die Einheit Europas. Diese Einheit war in der Geschichte nie spannungsfrei. Sie war in der Vergangenheit vor allem durch die verschiedensten Ausprägungen eines aggressiven Nationalismus bedroht. Dieser Gefahr wird gegenwärtig durch einen grundsätzlichen Abbau eines nationalstaatlichen Denkens und einer zunehmenden Integration begegnet. Aus westeuropäischer Sicht ist sie allerdings mit dem Blick auf Mitteleuropa – zumal nach den Erfahrungen in Ex-Jugoslawien – noch keineswegs aus der Welt geschafft, und die Osterweiterung der EU soll ihr nicht zuletzt entgegenwirken. Dabei ist zu bedenken, daß der Nationalismus in der einen oder anderen Form immer aus einer Art Geschichts-bemächtigung resultiert, indem eine Nation den Europa nur im Ganzen zukommenden Universalismus für sich reklamiert, sich anderen Nationen gegenüber nicht nur abgrenzt, sondern über sie eine Vorherrschaft anstrebt und in diesem Prozeß unter Negierung der ihr eigenen Interkulturalität eine einheitliche Nationalkultur anstrebt. Doch es gibt nicht nur die Form einer nationalistischen Inanspruchnahme des europäischen Universalismus. Worauf die antiwestlichen Äußerungen von Földény abzielen ist die Sorge, der gesamteuropäische, Mitteleuropa einschließende Universalismus könne westeuropäisch usurpiert werden, so daß ein EU-Beitritt dieser Länder mit der Preisgabe eigener Identität erkaufte werde. Diese Sorge basiert auf der Vermutung, daß das, was Mitteleuropa, zumal unter dem Aspekt seines kulturellen Selbstverständnisses, in die Gemeinschaft einbringt, bei dieser keine Akzeptanz finden könnte. In dieser Tendenz beschließt Földény seinen Aufsatz mit der Bemerkung: «Die westliche Hälfte Europas ist bestrebt, sich selbst auch im Osten zu entdecken, und der Osten unterläßt nichts, um als Spiegel zu dienen. Im Entstehen begriffen ist ein neues System der Verdrängung, wie auch das Bild, das der Westen von sich selbst bietet, höchst einseitig ist. Es schadet nicht, wenn die, die in der Mitte und in der östlichen Hälfte Europas leben, auf der Hut sind. Es will so scheinen, als möchte das Haus Europa sich seine Fundamente durch den Ausschluß eines Teils seiner selbst schaffen. Geht man von seiner Effektivität aus, wird es ihm wohl gelingen. Und geht man von dem jahrhundertalten Schicksal unserer östlichen Region aus, dürfen wir nicht überrascht sein, wenn wir eines Tages feststellen müssen, wieder einmal eitle Hoffnungen gehegt zu haben: weil wir nämlich versuchen, in einer anderen Welt Wurzeln zu schlagen, indem wir unsere Wurzeln verdrängen. Und dann können wir, die wir das Haus Europa suchen, sagen: Wir sitzen wieder auf der Straße.»<sup>4</sup>

### Integration – um welchen Preis?

Aus diesen Sätzen spricht die Furcht, im Zuge einer Osterweiterung der EU fremdbestimmt zu werden und einen Identitätsverlust zu erleiden. Auf dem Mitteleuropa eigenen Erfahrungshintergrund erscheint eine solche Befürchtung durchaus verständlich. Schließlich haben die Völker dort über vier Jahrzehnte unter einem sowjetischen Integrationssystem gelebt und unter hohem Einsatz ihre kulturelle Identität zu wahren versucht. Nun mag man durchaus zu Recht einwenden, daß beide Integrationssysteme, das westliche und das östliche, miteinander nicht vergleichbar sind. Aber hat dieser Hinweis die genügende Überzeugungskraft? Daran kann gezweifelt werden, wenn man bei Földény liest: «Der Westen ist zweifellos immer stärker und effektiver gewesen als der Osten; aber europä-

scher ist er deswegen noch nicht. Im Gegenteil: die europäische Tradition der multinationalen Einheit scheint gerade durch die westlichen Integrationsversuche gefährdet – als ob die homogene Welt der gesichts- und traditionslosen Effektivität und Produktivität instande wäre, auch die mit jedem Nationalismus einhergehende Gefahr des Chauvinismus abzuwehren. Bisher waren die osteuropäischen Staaten dazu verurteilt, kleine Sternchen in der sowjetischen Flagge zu sein; wenn sie jetzt Richtung Westen blicken, haben sie die einzelnen unterschiedlichen Staaten als winzige gelbe Sterne auf blauem Feld vor Augen, ebenso einheitlich, ununterscheidbar und geometrisch schön verteilt wie die Sternsymbole der sogenannten Staaten der amerikanischen Flagge.»<sup>5</sup>

Auch wenn sich gegen diese Argumentation manches einwenden läßt, so sollte ein Westeuropäer dennoch ihr gegenüber Verständnis aufbringen. Es ist ja durchaus einsichtig, daß jene Völker, die ihre Unabhängigkeit und Freiheit einer Desintegration des kommunistischen Systems verdanken und die nun dabei sind, die in dieser Zeit erlittenen Identitätsverluste aufzuarbeiten, gegenüber einer neuerlichen Integration, mag sie sich von der vorhergehenden auch noch so unterscheiden, ihre Vorbehalte haben. Wenn solche Bedenken angesichts der angestrebten Vertiefung der EU selbst im bereits weitgehend integrierten Westeuropa laut werden, wie die Referenden in Dänemark und Frankreich sowie die ablehnende Entscheidung der Schweizer und Norweger gezeigt haben, dann sollte man sich über vergleichbare Tendenzen in Mitteleuropa nicht allzu sehr verwundern. Und diese dürften untergründig selbst dann vorhanden sein, wenn sich – wie alle Umfragen belegen – die mitteleuropäischen Länder für einen EU-Beitritt klar aussprechen.

Worauf es in dieser Situation ankommt, ist ein ost-westlicher Europa-Diskurs, der nicht auf die durch eine Osterweiterung der EU vorgegebenen politischen und ökonomischen Problemfelder beschränkt bleibt, sondern das der Einheit der Gemeinschaft zugrundeliegende Europaverständnis stärker thematisiert und auch kritische Stimmen aus Mitteleuropa dabei zu Wort kommen läßt. Eine dieser Stimmen gehört dem ersten nachkommunistischen Kulturminister Rumäniens, Andrei Pleşu. In einem Interview aus dem Jahr 1993 äußerte er sich wie folgt: «Vergessen Sie nicht, daß wir über Jahre von der Ideologie des proletarischen Internationalismus hysterisiert worden sind, und nachdem man uns immerzu gesagt hatte, daß wir nicht zählen, sondern die große Gemeinde zählt, in der wir aufzugehen haben, ist es jetzt etwas schwierig, wenn man plötzlich von uns fordert, eine andere Art Internationalismus zu pflegen, den Internationalismus der Europäischen Gemeinschaft. Wir befinden uns in einem anderen historischen Moment in einer Etappe unserer inneren Entwicklung. Wir brauchen eine bestimmte Zeit zum Nachholen. Wir brauchen Zeit, um unser Gesicht, unsere eigene Identität wiederzufinden, ohne die wir nicht wissen, wer sich wo integriert. Hinzu kommt, daß die europäische Integration und die Frage des einheitlichen Europa, wovon man heute sehr viel redet, nuancierter betrachtet werden müßten, denn es besteht die Gefahr, daß die nötige Einheit mit Einförmigkeit verwechselt wird. In den letzten Jahren schon ist es so gewesen, daß man bestimmte Teile Madrids, bestimmte Stadtteile in Frankfurt, in Paris durchwandern konnte, ohne daran genau zu merken, in welchem Teil Europas man sich befand. Es gibt einen Angriff auf das Spezifische, der als Nebeneffekt der europäischen Einigung auftreten kann. Und noch etwas: Eine gültige Vereinigung, die nicht zur Eintönigkeit führen soll, muß einem Grundsatz, einem geistigen Prinzip verpflichtet sein.

Die Dinge hingegen, die im allgemeinen zur Sprache kommen, wenn – in Maastricht oder wo auch immer – die europäische Einigung erörtert wird, sind unmittelbar praktischer Natur, die Wirtschaft, den Handel betreffende Dinge. Und das ist sicherlich wichtig. Doch es genügt nicht, um ein einiges Europa zu schaffen. Es gab wohl einmal ein einiges Europa, als christliches Eu-

<sup>3</sup> Ebd., S. 68.

<sup>4</sup> Ebd., S. 72.

<sup>5</sup> Ebd., S. 71.

ropa, im Mittelalter. Damals bestand in der Tat eine geistige Homogenität dieses Territoriums, die ist mittlerweile jedoch in den Hintergrund getreten. Und wenn man heute Europa wiederherstellen will und als Einheitsprinzip die Währung nimmt – so ist das zu wenig. Es reicht nicht, und ich fürchte, die Sache ist zum Scheitern verurteilt oder dazu, daß man oberflächliche Lösungen wählt und dadurch nur die kleineren Gemeinschaften irritiert, die es nicht hinnehmen können, in einem europäischen Esperanto unterzugehen.»<sup>6</sup>

### Verzögerte Modernisierung

Das gegenüber dem Westen anders geartete mitteleuropäische Europaverständnis hat seine in die Geschichte weit zurückreichenden Ursachen. Durch seine Randlage bedingt hat Mitteleuropa bestimmte westeuropäische Entwicklungen gar nicht oder doch sehr abgeschwächt und verspätet nachvollzogen. Bei aller Unterschiedlichkeit der für diese Region in den letzten zwei Jahrhunderten charakteristischen Rahmenbedingungen gilt, was Gombrowicz, der neben Miłosz bedeutendste polnische Exilautor, in den 60er Jahren über seine Heimat geschrieben hat. Polen «ist ein Land zwischen Ost und West, ein Übergangsländ, in welchem der Osten und der Westen sich gegenseitig abschwächen. Es ist also ein Land der geschwächten Form... Keiner der großen europäischen Kulturprozesse hat Polen wahrhaft umgekrempt: weder die Renaissance, noch die Religionskriege, noch die Industrierevolution; nur ein abgeschwächtes Echo von allem ist angekommen.»

Diese Feststellung besagt, daß der Bruch zwischen West- und Mitteleuropa tiefer reicht als dem mit die Ende der kommunistischen Herrschaftssysteme überwundene politisch-ideologische Spaltung Europas. Die aus tiefgreifenden Krisen hervorgegangenen westeuropäischen Modernisierungsschübe, die zur Ausprägung moderner Gesellschaften geführt haben, sind in vergleichbarer Form in der mitteleuropäischen Randzone nicht zu verzeichnen. Wenn man den westeuropäischen Modernisierungsprozeß mit der Französischen Revolution und der Aufklärung gegen Ende des 18. Jahrhunderts ansetzt, ein Prozeß, aus dem – mit dem Bürgertum als tragende Schicht – sowohl die ökonomische Entwicklung als auch das moderne Staatswesen hervorgingen, dann geschah dies zu einem Zeitpunkt, als die mitteleuropäischen Völker noch einen integralen Bestandteil der Donaumonarchie bildeten und Polen, der größte Staat dieser Region, unter Österreich, Preußen und Rußland aufgeteilt, von der Landkarte Europas verschwand.

In einem Beitrag «Polens <Mittellage> in Europa»<sup>7</sup> verweist der polnische Publizist und Deutschlandexperte Adam Krzemiński darauf, daß gegenwärtig «das Durchdenken der <alternativen Geschichte> ziemlich Mode» sei. So hätten polnische Historiker aus Anlaß des 200. Jahrestages der dritten, also endgültigen Teilung Polens von 1795 – ein Datum im übrigen, das in Westeuropa keinerlei Aufmerksamkeit fand – darüber nachgedacht, was aus Polen geworden wäre, hätte man damals klüger paktiert und die Eigenstaatlichkeit über das 19. Jahrhundert hinaus gerettet. Anstatt sich in blutigen Aufständen zu verzehren, hätte die Energie der politischen Klasse Polens «in die Modernisierung der polnischen Gesellschaft investiert» werden können. Es wäre dann mit Sicherheit ein anderes Polen entstanden – mit Anschluß an die westeuropäische Entwicklung, doch ohne die polnische Romantik, die Hochblüte polnischer Kultur, ein Polen also mit stark veränderter Identität.

Mit derlei Überlegungen läßt sich selbstverständlich die Geschichte als solche nicht korrigieren, doch gänzlich unnütz sind sie nicht. Sie schärfen den Blick für die geschichtlichen Zusammenhänge, für die Ursachen der verzögerten Modernisierung Mitteleuropas sowie für die stark kulturell und national geprägten Identitäten dieser Region. Dabei ist mit in Rechnung zu stel-

len, daß die kommunistischen Systeme in Mitteleuropa mit dem Anspruch angetreten waren, den Verzug an Modernisierung mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft aufzuholen und den Westen darin sogar zu überholen – wobei die Menschen vor allem die Kosten dieses gigantischen und letztlich gescheiterten Versuchs zu spüren bekamen. Nach solcher Erfahrung mag durchaus eine latente Skepsis gegenüber den nunmehr vom «siegreichen Kapitalismus» ausgehenden Modernisierungsbestrebungen vorhanden sein, zumal es vor allem die Postkommunisten sind, die für diese neue Modernisierung den Führungsanspruch anmelden.

Damit soll jedoch keineswegs suggeriert werden, Mitteleuropa sei gut beraten, die sich mit dem EU-Beitritt bietende Chance zur Modernisierung auszuschlagen. Eine solche Konsequenz wäre absurd. Es geht vielmehr darum, sich im Bewußtsein eines Konflikts zwischen Modernisierung und Identität auf das Wagnis Europa einzulassen. Dieses Wagnis dürfte indes umso besser gelingen, je größer das Verständnis und der Respekt gegenüber der stark kulturell und national geprägten Identität der Mitteleuropäer ist.

### Zurückgebliebenes Mitteleuropa?

Hier ist allerdings der Zweifel erlaubt, ob Westeuropa das erforderliche Verständnis und den gebührenden Respekt gegenüber Mitteleuropa aufbringt. Das öffentliche Interesse an den östlichen Randstaaten Europas ist gering, die Kenntnis ihrer Sprachen und Geschichte unterentwickelt, die aktuelle Entwicklung wenig bekannt. Schwerer wiegt noch die Perspektive, aus der traditionell vom Westen her auf Mitteleuropa geblickt wird. Wer nämlich aus der Position eigener Modernisierung die östlichen Randstaaten wertet, wird vor allem ihre «Rückständigkeit» registrieren. Wie stark dieses Muster vorgeprägt ist, hat jüngstens der Posener Germanist Prof. Hubert Orłowski in einer demnächst erscheinenden Monographie nachgewiesen, in der er das Stereotyp «Polnische Wirtschaft» untersucht.<sup>8</sup> Die Fülle des aus literarischen, philosophischen und politischen deutschen Quellen erschlossenen Materials reicht bis in die Gegenwart hinein. Prof. Orłowski tritt den Beweis an, daß das eigene preußisch-deutsche Selbstbild gewonnener Modernität und ihr zugeordneter bürgerlicher Tugenden wie Fleiß, Sparsamkeit, Effektivität und Sauberkeit weitgehend das Urteil über Polen bestimmt, das in Ermangelung eben dieser Tugenden und aufgrund eines Defizits an ökonomischer und politischer Modernität als rückständig disqualifiziert werde. Prof. Orłowski geht in seiner Analyse soweit, dem Stereotyp «Polnische Wirtschaft» einen «antidialogischen» Charakter zuzuschreiben, der es nahezu unmöglich machte, die polnische Wirklichkeit sachgerecht zu erfassen und das deutsch-polnische Verhältnis mit Verständnis und Respekt partnerschaftlich zu gestalten.

Man sollte diese harte Beurteilung nicht vorschnell als weit übertrieben von sich weisen, sondern zum Anlaß selbstkritischer Überlegungen nehmen. So wäre danach zu fragen, welche Kriterien zur Beurteilung mitteleuropäischer Zustände und Entwicklungen für einen Westeuropäer maßgebend sind, inwieweit der Blick auf eine andere Wirklichkeit durch die eigene Brille verfälscht wird. Dazu ein Beispiel: Am 3. November 1995, im Vorfeld der polnischen Präsidentschaftswahlen, brachte die als fortschrittlich-liberal angesehene und prinzipiell polenfreundliche Wochenzeitung *Die Zeit* ein speziell Polen gewidmetes, reichlich bebildertes Dossier. Als Aufmacher diente ein Kutschwagen, in dessen Polstern es sich ein beleibter Priester bequem gemacht hat, die Hände über die Wölbung seines Bauches gefaltet. Als Illustration zur polnischen Marktwirtschaft gedacht, findet der Leser einen offenbar von einem Trecker gezogenen Käfigwagen, dessen Leere einzig ein ärmlich gekleideter Bauer füllt. Als Bildkommentar zu dem Beitrag «Ackern gegen Euro-

<sup>6</sup> Ebd., S. 49.

<sup>7</sup> *Dialog*, Deutsch-polnisches Magazin, 2/1996, S. 14f.

<sup>8</sup> Hubert Orłowski, «Polnische Wirtschaft». Zum deutschen Polandiskurs der Neuzeit. Harrassowitz, Wiesbaden 1996.

pa» ist ein Foto zu sehen, auf dem zwei Männer mit großer Mühe ein widerspenstiges Pferd unter Kontrolle bringen. Die Bildserie vervollständigen ein altes Paar hinter einem zum Warenstand umfunktionierten Handwagen, Bergleute, die mit primitiven Methoden ein Flöz abstützen, sowie zwei Männer, die sich anschicken, im Innenhof eines ärmlichen Gehöfts mit einer Axt ein Schwein zu schlachten.

Welch ein Bild von Polen wird hier vermittelt? – Eine katholische Kirche, die offenbar noch in der Feudalzeit lebt, ein ärmliches Land ohne Modernisierung, mit primitivem Wirtschaftsleben, ganz im Sinne des zählebigen Stereotyps der «Polnischen Wirtschaft», dessen einzelne Elemente wie Ineffizienz, Rückständigkeit und Schmutz sich leicht in diesen Bildern entdecken lassen. Dabei soll nicht in Abrede gestellt werden, daß sich derlei Motive in Polen wie in ganz Mitteleuropa finden lassen – aber sind sie typisch für diese Region am Ausgang unseres Jahrhunderts? Wird hier nicht vielmehr das aus dem Selbstbild eigener Modernität abgeleitete Fremdbild der Rückständigkeit abgerufen, wie es sich im Laufe einer langen Zeit herausgebildet und im kollektiven Bewußtsein abgelagert hat?

Soll die Osterweiterung der EU zu der erhofften Gemeinschaft europäischer Völker führen, dann darf dieser Prozeß nicht nur unter primär ökonomischem Aspekt gesehen werden. Man weiß sehr wohl in Mitteleuropa, daß man in dieser Hinsicht gegenüber dem Westen «im Verzug» ist, doch gerade dieses Wissen macht gegenüber westlicher Arroganz außerordentlich sensibel. Wie sehr wirtschaftliche Entwicklung und sozialer Fortschritt für diese Region wünschenswert sind und von den Mitteleuropäern durch die Aufnahme in die EU auch erhofft werden – als «rückständig» versteht man sich dort dennoch nicht und will aus westlicher Sicht auch nicht in dieser Weise verstanden werden. Mag die Betonung eigener kultureller Identität angesichts verzögerter Modernisierung auch eine kompensatorische Funktion besitzen, so ist diese dennoch als Mitgift zu achten, welche die mitteleuropäischen Völker in die europäische Gemeinschaft einbringen. Der Respekt vor ihren kulturellen Leistungen, vor ihrer leidvollen Geschichte, vor ihrer, wenngleich nicht spannungsfreien Interkulturalität, erscheint als unabdingbare Voraussetzung ehrlicher Partnerschaft und einer möglichen, auch den Westen bereichernden Synthese zwischen Modernität und Identität.

### Modernisierung und Identität als innerer Konflikt

In den bisherigen Überlegungen wurde der Konflikt zwischen Modernisierung und Identität auf der Grundlage eines zwischen West- und Mitteleuropa unterschiedlichen Europaverständnisses angesprochen, dessen Ursachen weit in die Geschichte zurückreichen und die – sollten sie unaufgeklärt bleiben – den gesamteuropäischen Einigungsprozeß von innen her gefährden könnten. Die sich aus dieser Analyse ergebende Konsequenz verlangt die Intensivierung eines dem wechselseitigen Verständnis dienenden west-östlichen Europadiskurses.

Der Konflikt betrifft aber nicht nur die Beziehungen zwischen Mittel- und Westeuropa. Er ist – und dies vor allem – ein Konflikt innerhalb der mitteleuropäischen Länder selbst, die – jedes auf seine Art – durch die nach der politischen Wende der Jahre 1989/90 einsetzenden Transformations- und Modernisierungsprozesse in ihrer Identität betroffen sind. Abgesehen davon, daß einige postsozialistische Staaten Mitteleuropas in den vergangenen sieben Jahren in Annäherung an westeuropäische Standards auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiet beachtliche Fortschritte erzielt haben, die durchaus geeignet sind, die ihnen aus westlicher Sicht zugesprochene «Rückständigkeit» Lügen zu strafen, verdienen Bemühungen der geistigen Eliten Beachtung, den für ihr Land spezifischen Konflikt zwischen Modernisierung und Identität zu thematisieren und Lösungen anzustreben. Um unter diesem Aspekt ein vollständiges Bild der Lage in Mitteleuropa zu gewinnen, müßten die einzelnen Länder gesondert untersucht und miteinander in

Vergleich gesetzt werden. Da dies im Rahmen dieser Überlegung nicht leistbar ist, begnügen wir uns mit dem polnischen Beispiel.

### Das Beispiel Polen

Wenngleich der polnische Katholizismus trotz seiner traditionellen großen Bedeutung für das nationale Selbstverständnis keineswegs die Breite der öffentlichen Diskussion um den Konflikt zwischen Modernisierung und Identität abdeckt, so sollten doch die folgenden Überlegungen auf ihn beschränkt bleiben. Und dies aus drei Gründen: Erstens tritt dieser Konflikt in seinem Bereich mit besonderer Schärfe zum Vorschein; zweitens zeigen sich gerade aufgrund dieser inneren Auseinandersetzung interessante Lösungsansätze; drittens soll dem aufgrund selektiver Wahrnehmung im Westen verbreiteten Vorurteil entgegenge- wirkt werden, die Kirche bilde das eigentliche Hindernis auf dem Wege Polens in die Europäische Union.

Auf den ersten Blick scheint in der Tat vieles dafür zu sprechen, daß sich Polens Kirche notwendigen Modernisierungsbestrebungen in den Weg stellt. So zielte die Argumentation der Bischöfe Anfang der 90er Jahre darauf ab, unter Berufung auf das Selbstverständnis einer katholischen Nation bestimmte, der katholischen Moral und der kirchlichen Sendung entsprechende Forderungen politisch durchzusetzen. Der Konflikt um das von der Kirche gewünschte radikale Verbot des Schwangerschaftsabbruchs sowie die Einführung eines schulischen Religionsunterrichts an den gesetzlichen Instanzen vorbei sind dafür die meist zitierten Beispiele. Aufgrund dieser und anderer Erscheinungen geriet Polens Kirche in den Verdacht, einen katholischen Glaubensstaat anzustreben – und dies entgegen wiederholter Versicherungen, dies nicht zu wollen und die demokratische Ordnung zu bejahen.

### Der Liberalismus – das neue Feindbild

Nach der politischen Wende trat für Kreise des polnischen Klerus und christlich-nationale Gruppierungen anstelle des einstigen Kommunismus der Liberalismus als neues Feindbild. Da man in ihm – übrigens nicht zu Unrecht – die geistige Grundlage der Modernisierungsprozesse sieht, erwächst aus der neuen Frontbildung ihnen gegenüber eine bis zur Ablehnung reichende Skepsis. Nur – damit ist das Spektrum innerkatholischer Auseinandersetzung keineswegs abgedeckt. Bei allen Vorbehalten hat die in den Konflikt involvierte offizielle Kirche angesichts drohender Verwestlichung nicht zum Rückzug in die belagerte Festung geblasen, sondern deutlich erklärt, Polens Bemühungen um eine Aufnahme in die EU trotz gewisser Befürchtungen «bezüglich der Achtung vor der Identität Polens in diesem Prozeß» unterstützen zu wollen.<sup>9</sup>

Die Frage ist allerdings, wie der Identität Polens die nötige Achtung verliehen werden kann und was überhaupt die Identität Polens ist. Sicher nicht der statische Zustand einer Kirche, die litaneiartig ihre Einheit mit der Nation und die christlichen Werte beschwört und alles, was diese nur zu gefährden scheint, mit dem Bann belegt – jene katholischen Kreise eingeschlossen, die sich um eine differenzierte Sicht der Probleme bemühen. Man braucht nur den katholischen Rundfunksender «Radio Maryja» einzuschalten oder sich in einzelne Kirchenzeitungen zu vertiefen, um einen Eindruck davon zu gewinnen, mit welcher aggressiver Sprache hier gegen sämtliche wirklichen und vermeintlichen,

<sup>9</sup> Nach einer Informationsreise, die den Sekretär der Polnischen Bischofskonferenz, Bischof Pieronek, mit ranghohen westlichen Europadiplomaten zusammengeführt hatte, äußerte er sich nach seiner Rückkehr in dieser positiven Weise zu einem möglichen polnischen EU-Beitritt. Der Bischof erklärte weiter: «Wir wollen uns in diesem Europa finden, doch eingedenk dessen, daß es im Erbe europäischer Kultur ein polnisches <Spezifikum> gibt, das insbesondere die Treue zu den Wurzeln europäischer Kultur betrifft.» Vgl. Tygodnik Powszechny 37/94.

inneren und äußeren «liberalen» Feinde von Kirche und Nation vorgegangen wird.

Es ist auch nicht mit einem trotzigem Aufbegehren nach Art des polnischen Militärbischofs getan. Am 11. November 1996, am polnischen Unabhängigkeitstag, hatte er wortstark dazu aufgefordert, Polen solle mit aufrechtem Gang und mit seiner kulturell reichen Geschichte im Gepäck «auf Europa zumarschieren», um die «polnischen Traditionen und Werte in eine größere, die europäische Gemeinschaft» einzubringen.<sup>10</sup> Solche Aufrufe sind wenig dienlich und klingen wie das Pfeifen im Walde.

### Sachgerechte Auseinandersetzung mit dem Liberalismus

Um den Konflikt zwischen Modernisierung und Identität einer Lösung näher zu bringen, muß bei seinem Kern angesetzt werden. Und hier gibt es bei aller innerpolnischen Polarisierung einen Konsens: der Kern des Konflikts liegt in der mit dem Ende des Kommunismus gewonnenen Freiheit. Was alle ersehnten, erscheint nun vielen gefährlich. Nicht nur innerhalb der Kirche besteht die Sorge, der Freiheit nicht gewachsen zu sein: Sie verschafft dem Einzelnen die Möglichkeit, sich den bislang anerkannten Autoritäten, den überlieferten Normen, den Handlungsmustern nationaler Tradition zu entziehen. Und die Modernisierung selbst steht unter dem Stern der Freiheit – als freie Marktwirtschaft, als liberale Demokratie. Doch statt Verdammung ist eine ehrliche Auseinandersetzung gefordert.

Zumindest entspricht dies der Auffassung eines Teils katholischer Intellektueller um die Krakauer Wochenzeitung «Tygodnik Powszechny». Sowohl der über Polens Grenzen hinaus bekannte Philosoph und Theologe Józef Tischner als auch der Dominikaner Maciej Zięba mühen sich seit Jahren um eine Klärung der mit dem Liberalismus zusammenhängenden Pro-

<sup>10</sup>Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. November 1996, S. 9.

Die Pfarrblatt-Gemeinschaft der Region Basel sucht wegen Pensionierung des bisherigen Stelleninhabers auf Ende 97 eine/n

## Redaktor/in

**Aufgabenbereich:** Redaktion und Gestaltung des wöchentlich erscheinenden Pfarrblattes der Region Basel (Auflage 62 000) sowie administrative und organisatorische Aufgaben.

**Wir erwarten:** ein abgeschlossenes katholisches Theologiestudium, journalistische Erfahrung oder das nötige Flair für die redaktionelle Tätigkeit, Organisationsgeschick, Aufgeschlossenheit für religiöse, soziale und ethische Fragen unserer Zeit, selbständige Arbeitsweise, EDV-Kenntnisse.

**Stellenantritt:** spätestens 1. November 1997.

**Wir bieten:** Gehalt und Sozialleistungen entsprechend der anspruchsvollen Aufgabe.

**Bewerbungen bis 15. April 1997** mit den nötigen Unterlagen senden an den Präsidenten der Pfarrblatt-Gemeinschaft, Prof. Walter Rossbach, Robertenstrasse 52, CH-4310 Rheinfelden.

bleme, letzterer in einer Beachtung verdienenden Buchpublikation.<sup>11</sup>

Um überhaupt den Weg zu einer fruchtbaren Auseinandersetzung mit dem Liberalismus zu ebnet, betreibt Zięba eine doppelte, den christlichen Glauben wie den Liberalismus betreffende Entideologisierung. Für die jahrhundertelange Frontstellung zwischen Kirche und Liberalismus sei eine beiderseitige Ideologisierung bestimmend gewesen: So habe der neuzeitliche Liberalismus die Freiheit zum einzigen Dogma erhoben und damit ein alle Bereiche des Lebens durchdringendes liberales Klima geschaffen. Die moderne Kultur verliere dadurch ihre traditionellen Werte und werde ihrer tiefsten geistigen Gehalte beraubt. In der liberalen Demokratie seien zwar mit der Gleichheit der Bürger, dem Schutz individueller Freiheit und Toleranz bedeutende Ziele verwirklicht worden, doch habe der Liberalismus nunmehr seinen Zenit überschritten und zeige destruktive Tendenzen. Unter den Bedingungen eines totalen bzw. ideologisierten Liberalismus werde beispielsweise eine Debatte über die öffentliche Moral (die es ja nicht mehr gibt) unmöglich, und der eigentliche moralische Diskurs werde in der liberalen Demokratie zu einem politischen, das heißt sein Ausgang hänge ausschließlich von der Zahl der Verfechter der jeweiligen Konzeption ab. Dies führe dazu, ohne nach der Moralität zu fragen, die eigenen Interessen rechtlich abzusichern. Dadurch spalte sich die Gesellschaft in verschiedene Interessengruppen, die nur noch die Einschränkung ihrer Privilegien für unmoralisch halten.

Doch nicht nur der Liberalismus, auch der Glaube könne einer Ideologisierung unterliegen. Mit dieser – für Polen höchst aktuellen – Problematik hat sich vor allem Prof. Tischner auseinandergesetzt. Er registriert in Teilen des polnischen Katholizismus eine Anfälligkeit für einen – nun christlich gewendeten – Totalitarismus, der unter dem Anspruch absoluter Wahrheit die Freiheit unterdrückt. Unter Anspielung auf die Zeit der kommunistischen Herrschaft beschreibt er die Denkweise national-katholischer Kreise auf folgende Weise: «Wenn früher die Götzen die Stelle Gottes einnahmen, dann laßt uns doch heute versuchen, das umzukehren, was umgekehrt wurde. Schmeißen wir die Götzen hinaus, um Platz für Gott zu schaffen. Nach einem solchen Wandel wird alles schon anders: die heidnische Politik wird zur christlichen und auf den Trümmern des heidnischen Staates entsteht ein christlicher. Ist es nicht die heutige Pflicht der Gläubigen, einen solchen Wandel zu vollziehen?»<sup>12</sup>

Zięba nennt diese Denkweise «Fundamentalismus» und stellt sie einem liberalen «Fundamentalismus» gegenüber. Es versteht sich, daß bei solcher Gegenüberstellung von absoluter «Wahrheit» und absoluter «Freiheit» lediglich ein Schlagabtausch, doch kein Dialog möglich ist.

Um den aber geht es. Dazu ist nach Zięba erforderlich, den Liberalismus – und mit ihm die Modernisierungsprozesse – differenziert zu werten und für eine kritische Reflexion Verbündete zu suchen, die sich im übrigen bis in die Reihen der Liberalen finden lassen. Die Kritik beginnt mit der Einsicht, daß es nicht den Liberalismus, sondern verschiedene Liberalismen gibt. Es gilt, ihre Totalisierung und Einseitigkeiten von dem zu unterscheiden, was lediglich ein Ausdruck unumkehrbarer Wandlungsprozesse in der westlichen Kultur ist – Prozesse im übrigen, die weniger die Identität von Nation und Religion bedrohen, als vielmehr ihre ideologisierten und institutionalisierten Formen, wie sie sich im Laufe der Jahrhunderte herausgebildet haben. Es gibt genügend Beweise dafür, daß derartige Prozesse auch in der Vergangenheit nicht zu einem Identitätsverlust, sondern zu einem Einstellungswandel geführt haben. Man denke nur an die seitens der Kirche unter manchen Geburtswunden vollzogene grundsätzliche Bejahung des freien Marktes, der Demokratie

<sup>11</sup>Maciej Zięba, Po szkodzi? Przed szkoda? O Polsce, kapitalizmie i kontemplacji. Znak, Kraków 1996, S. 279. Vgl. Tygodnik Powszechny 47/96.

<sup>12</sup>Vgl. Tygodnik Powszechny 13/93.



oder der Religionsfreiheit – alles Erscheinungsweisen eines «Modernismus». Dies läßt auch für die Gegenwart hoffen, daß der Konflikt zwischen Modernisierung und Identität eine Lösung findet – vorausgesetzt, die Kirche nimmt ihre traditionelle Rolle als Anwalt der Nation unter den veränderten gesellschaftspolitischen Verhältnissen wahr und tritt – und zwar um der Freiheit willen – mit den säkularen Kräften und Strömungen in einen kritischen Dialog. Ihre Aufgabe in den gegenwärtigen Modernisierungsprozessen sollte es sein, auf einer metapolitischen Ebene zu agieren und als moralische Autorität die für den notwendigen gesellschaftlichen Zusammenhang unverzichtbaren Werte zu vermitteln, die der liberale Staat ebenso wenig wie ein europäischer Staatenverbund aus sich heraus erzeugen kann,

ohne die aber beide letztlich keinen Bestand haben. Das polnische Beispiel ist wegen der Sonderrolle der Kirche auf Mitteleuropa insgesamt nicht einfach übertragbar. In den anderen mitteleuropäischen Ländern ist die Bedeutung der Kirchen für eine vermittelnde Lösung im Konflikt zwischen Modernisierung und nationaler Identität ungleich schwächer. Doch entscheidend ist, daß sich jene geistig-kulturellen Kräfte herausbilden, die – jenseits der politischen Machtkämpfe – ein Reflexionspotential darstellen, das in der Lage ist, die Modernisierungsprozesse kritisch zu begleiten und einer durch den Primat des «homo oeconomicus» möglicherweise bedingten kulturellen Entfremdung entgegenzuwirken.

Theo Mechtenberg, Bad Oeynhausen

## Vom Shtetl ins «Licht der Aufklärung»

Jüdisches Städtebild Wien, ein Buch von Martha Keil

Wien ist wie eine begehrte Geliebte heftig umschwärmt, aber auch wie eine Feindin ebenso gründlich geschmäht worden. Die Stadt sonnte sich im Glanz, der sie als Kaisermetropole umfloß, sie galt als Energiezentrum, in dem sich innovativer Geist und eine lebendige Kultur bündelten. Wie in einem Schmelztiegel sammelten sich in ihr Elemente aus allen Himmelsrichtungen, Zuwanderer aus allen Teilen des k.u.k. Reiches, um in diesem riesigen «melting pot» umgeschmolzen zu werden. Zumal die Juden strömten aus den verschiedenen Kronländern in die Hauptstadt, von der sie sich jenen Aufstieg erhofften, der schon immer im goldenen Westen möglich war. Wien war für sie, die in der brütenden Enge des Shtetls geboren worden waren, erfüllt vom «Licht der Aufklärung». Das jüdische Wien wurde nicht nur zu einem Ort, sondern zu einer Welt, die einen eigenen genius loci entwickelte. Salons waren zwar auch in der rivalisierenden Stadt Berlin gefördert worden und rückten wie in Wien zu literarischen Schauplätzen auf; aber die Kaffeehäuser wußten in Wien um eine Aura, die ihnen sonst nirgendwo zugestanden wurde. Nicht umsonst leben zahlreiche Texte jüdischer Autorinnen und Autoren vom Flair dieser Tempel intelligenter Causerie, haben sie das Kaffeehaus gar zum Szenarium ihres Geschehens erwählt.

Schon seit einiger Zeit gibt der Jüdische Verlag, Frankfurt am Main, jüdische Städtebilder heraus, die in Wort und Bild eine einflußreiche Örtlichkeit vorstellen. Für die Präsentation eines so geschichtsträchtigen Orts wie Wien zeichnet *Martha Keil* verantwortlich, die als Historikerin und Judaistin am Institut für Geschichte der Juden in Österreich in St. Pölten tätig ist und in Wien lebt. Sie leitet ihr Buch mit einem großen Essay ein, welcher bei der ersten jüdischen Siedlung, Ende des 12. Jahrhunderts, anhebt. Was sich daraus entspinnt, ist eine schmerzliche wechselvolle Geschichte von Einladung und Ablehnung, Euphorie und Reue, Schutz und Verwerfung, Blüte und Katastrophe. Erst wenn man die historische Entwicklung des jüdischen Wien in dieser konzentrierten Zusammenfassung auf sich wirken läßt, vermag man die Dynamik zu erahnen, welche dem Aufstieg und den wiederholten Rückschlägen bis hin zur alles vernichtenden Shoa zugrundegelegen hat. An die glanzvollen Zeiten erinnern indessen die sogenannten Hofjuden, vom Willen des jeweiligen Herrschers abhängige jüdische Finanzleute, auch Hoffaktoren genannt, wenn sie im großen Stil als Münz- und Heereslieferanten in Erscheinung traten. Dafür stehen Namen wie *Oppenheimer* und *Wertheimer* ein, deren Söhne und Töchter durch Heiratspolitik andere bedeutende Familien nach Wien zogen: *Gomperz*, *Schlesinger*, *Spitz*, *Eskeles*, *d'Aguilar*. Das prächtige Angesicht des barocken Wien wäre ohne die Hoffaktoren nie möglich geworden, denn viele Prunkbauten wie die Hofbibliothek, die Karlskirche oder Schloß Schönbrunn wurden mit ihrer finanziellen Hilfe realisiert. Einen Beitrag ganz anderer Art leisteten die jüdischen Salondamen *Fanny von Arnstein*, ihre

Schwester *Cäcilia Eskeles*, ihre Tochter *Henriette*, verheiratete *Pereira*, später *Josephine von Wertheimstein*, *Bertha Zuckerkandl*, die wohl für den Abbau von antijüdischen Vorurteilen in der sogenannten gebildeten Schicht mehr bewirkt haben als so mancher politische Vorstoß. Der Beitrag, den die Juden ans Wissenschafts-, Kultur- und Geistesleben der Stadt entrichtet haben, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das vielstrapazierte Wort vom «Anteil der Juden an der Wiener Kultur» müsse zwar mit kritischer Vorsicht gebraucht werden, schreibt *Martha Keil* in ihrem Essay, aber leider erläutert sie ihre Vorbehalte gegenüber dieser griffigen Formel nicht weiter. Nicht nur Theater und Literatur, Musik und Bildende Kunst erhielten durch jüdische Träger und Trägerinnen inspirierende Ideen und grenzsprengende Impulse, auch etwa die Medizin zehrte vom jüdischen Beitrag – und hätte wohl die Psychoanalyse ihren Siegeszug angetreten, wenn nicht an der Berggasse 19 *Dr. Sigmund Freud* praktiziert hätte? Aber auch der Witz gedieh in besonderem Maß auf dem Boden des jüdischen Wien: «Die Psychoanalyse gibt ihren Patienten vor allem den Trost, daß ihre Defekte eine Wissenschaft ernähren.» So der für seinen satirischen Stil und beißenden Witz berühmte *Anton Kuh*.

### Antisemitismus – «leichtsinniger Haß»?

Immer setzten sich auch die Wiener Juden mit einer Reihe von Themen auseinander, die sich wie der Schnitzlersche Reigen von einer Generation zur nächsten weiterpflanzten: Assimilation versus Tradition, Antisemitismus, Zionismus, Sozialismus, Geldmacht und Finanzkatastrophen, Geisteswelt contra Utilitarismus. In den von *Martha Keil* ausgewählten literarischen Texten spiegeln sie sich wider – bis hin zum Untergang im Holocaust, zum Erleiden und Überleben dieser größten Katastrophe jüdischer Geschichte, zum Neuanfang einer jüdischen Existenz nach 1945 und dem jetzigen Lebensgefühl in Wien. Diese Stadt sei «Vergessenshauptstadt», merkt *Robert Schindel* an, indem er an den Freudschen Mechanismus der Verdrängung denken läßt, den gerade «das goldene Wiener Herz» so virtuos ausgebildet hat. Hinter solchen Schmähreden gegen Wien, die es eben genauso gibt wie die Lobeshymnen, steht in jüngster Vergangenheit unter anderem ein Ereignis wie die Waldheim-Affäre, steht die mangelhafte Aufarbeitung eines historischen Zeitabschnitts, in dem sich ein Teil der österreichischen Bevölkerung als «erstes Opfer» Hitlers gesehen hat und deshalb alle Mitschuld leugnen konnte. Vater all dieser kritischen Äußerungen ist eigentlich kein anderer als *Karl Kraus*, der in seinem *Riesenopus* «Die letzten Tage der Menschheit» (1916 bis 1922) die Wiener des vielgerühmten *Charmes* entkleidet und sie zum Beispiel auf die Extra-Ausgaben der Presse mit den blutrünstigen Kriegsberichten geradezu gierig stürzen läßt. *Manès Sperber* wiederum hat zu seiner Überraschung entdeckt, daß der vielzitierte Antisemitismus

mus der Wiener «ein leichtsinniger Haß» war; konstant, aber durchaus oberflächlich und keinesfalls auf konkreten Erfahrungen basierend. Das heißt: Zumeist kannten sie Juden gar nicht persönlich. Aber genauso entstehen Vorurteile mit verheerenden Folgen. Der «leichtsinnige Haß» führte letztlich in «die Wohnungen des Todes» (Nelly Sachs). In seinem Roman «Die Wasserträger Gottes» (1974) erinnert Sperber sich einer Begebenheit aus dem Wien seiner Kindheit: Der Knabe steht an der Ecke Schmelzgasse/Taborstraße (2. Bezirk, Leopoldstadt), als er auf seinem Nacken einen heftigen Schmerz spürt. Jemand hat im Vorbeigehen die Zigarette ausgedrückt, wohl wissend, daß Kinder in diesem Judenbezirk fast immer jüdischen Ursprungs waren. – Diese Szene spielte sich zudem in einem wahrhaft historischen Moment ab. Denn der Knabe Manès hörte gebannt den nachmittäglichen Ausrufen der Extra-Ausgaben zu, die verkündeten, daß Friedrich Adler den Ministerpräsidenten Graf Stürgkh beim Mittagmahl im Restaurant Meißl & Schaden erschossen habe. Dieser Mord passierte mitten im Krieg, 1916. Der Täter, *Friedrich Adler* (1879 bis 1960), Sohn von Viktor Adler, dem Gründer und Leader der österreichischen Sozialdemokratie, wurde 1918 amnestiert und spielte nach 1923 in der Sozialistischen Internationale eine große Rolle.

Martha Keil vereinigt in ihrer Textsammlung sowohl die bekannten Beispiele wie Joseph Roths «Juden auf Wanderschaft», Arthur Schnitzlers Roman «Der Weg ins Freie», Friedrich Torbergs «Kaffeehaus ist überall», Ruth Klügers «weiter leben», Robert Schindels «Vineta», Elias Canettis «Die gerettete Zunge» – um nur einige der prominenten Exempel zu nennen. Auch die jungen Autoren fehlen nicht, so *Doron Rabinovici* (\*1961) mit «Papirnik» (Stories, 1994), der in diesem Text vom Knaben Amos und seiner Mutter erzählt, die dem Sohn dringend rät, bei antisemitischen Beleidigungen sofort mit aller Kraft zurückzuschlagen. «Ich will, daß Du ihn schlägst. Hörst Du?» Die Reaktion der Mutter ist wichtig, weil sie einem noch immer weitverbreiteten Klischee entgegenwirkt, daß Juden keinen Widerstand geleistet hätten. Auch wenn die Story nur die kleine Welt des Kindes, des Schulhofes ansteuert, so zeigt sie doch eine jüdische Tradition der Rebellion auf, die in größeren politisch-historischen Dimensionen erst jetzt aufgearbeitet wird. Es sei hier auf eine Publikation verwiesen, die im Bleicher-Verlag, Gerlingen (D), im Frühjahr 1996 erschienen ist; die aus Lublin stammende jüdische Soziologie-Professorin *Nechama Tec*, heute an der University of Connecticut lehrend, berichtet in ihrem Buch «Bewaffneter Widerstand» von der kaum bekannten Tätigkeit jüdischer Partisanen während des Zweiten Weltkriegs.

#### Blick auf wenig bekannte Autorinnen und Autoren

Die Herausgeberin wendet sich aber auch weniger bekannten bzw. vergessenen Autoren zu. Da ist etwa *Elisabeth Freundlich*, 1916 in Wien geboren. Sie gehört zu jenen Verfolgten des Nazi-Regimes, die früh, nämlich bereits 1950, wieder in die Geburtsstadt zurückgekehrt sind. Im Roman «Der Seelenvogel» (1986), von dem das Buch einen Ausschnitt vorstellt, schildert sie den Aufstieg einer jüdischen Wiener Familie zwischen 1870 und 1914 von einer bescheidenen Existenz zum assimilierten Großbürgertum, und sie beleuchtet sowohl die historischen Ereignisse – etwa den verheerenden Börsenkrach vom 10. Mai 1873 – wie auch deren Auswirkungen auf die Familie, deren Charakter und Struktur. – Zu entdecken ist ferner *Theodor Herzl* als Literat; mit seinem Namen verbindet man weit mehr die Gründung der Zionistischen Weltorganisation auf dem Basler Kongreß (1897). Er hat aber auch etwa dreißig Dramen und eben den Roman «Altneuland» (1902) verfaßt. Im Zentrum steht ein junger Mann fast ohne Eigenschaften, einzig verzweifelt und gebildet, der nach einer Liebesenttäuschung die Auswanderung in den neuen Judenstaat riskiert. Dreiundzwanzigjährig ist er, aber in der Seele ein Greis, und er taugt nicht fürs Leben, denn er eckelt sich vor zu vielen Dingen, wie es sein Freund festgestellt hat. *Friedrich Löwenberg*, so heißt der junge Mann, gehörte zu jener

Die Franziskanische Gemeinschaft  
der Deutschen Schweiz sucht eine/einen

### Teilzeit-Bildungsleiterin/ Bildungsleiter

Diese anspruchsvolle 25%-Aufgabe erfordert die folgenden Fähigkeiten und Voraussetzungen:

- Theologische Grundausbildung
- Erfahrung in der Erwachsenenbildung
- Menschenführung, Methodik und Lernbereitschaft
- Gestaltung und Organisation der Bildungsaufgaben der FG

Wir halten Ausschau nach einer teamfähigen Persönlichkeit. Interessierte Personen, die ein faires Einkommen wünschen, aber nicht als vorrangiges Ziel einstufen, melden sich schriftlich bei IMVS H.+W. Limbach-Weibel, Sangesstrasse 6, CH-8570 Weinfelden.

Sohnesgeneration, deren Väter noch vor zwanzig, dreißig Jahren im Handel und Kleingewerbe ihr Auskommen gefunden hatten. Aber nun lautete die Devise: «Los vom Handel, von den Geschäften.» Ein Massenauszug des Nachwuchses hatte stattgefunden, der zu den «gebildeten» Berufen drängte. Aber die Folge war ein Akademikerüberfluß und somit ein Mangel an angemessenen Stellungen. Am Beispiel Löwenbergs illustriert Herzl in Kürze einen einschneidenden sozialen Wandel. Eine der im Buch vorgestellten Episoden spielt sich sodann im Salon der Löfflers, Angehörigen des Wiener Geldjudentums, ab, und in scheinbar belanglosen Sequenzen vermag hier der Autor eine Welt mit ihren Tabus und Polarisierungen zu skizzieren. So soll man den Dienstboten gegenüber nicht zu erkennen geben, daß ihre Herrschaften dem Judentum angehören. – Bemerkenswert ist auch der Grad der (Selbst)ironie, den der Autor gegenüber seiner eigenen Idee des Judenstaats entwickelt. Die ebenfalls im Salon anwesenden Humoristen, die Herren Grün und Blau, stürzen sich nämlich mit lustvollem Ingrimm auf dieses Thema: «Sie teilten das neue Reich ein, schilderten die Zustände. Am Schabbes wird die Börse geschlossen sein. Der König wird den Männern, die sich um das Vaterland oder die Börse Verdienste erworben haben, den Davidsorden oder den Orden vom «fleischigen Schwert» verleihen...» König aber sollte der schwerkreiche Baron Goldstein werden. In diesem Kreis stellt sich auch unbarmherzig der Gegensatz zwischen jenen finanzkräftigen Kreisen heraus, «wo man nur für Vergnügen und Vorteil Sinn hatte», und einem so idealgesinnten Mann wie Friedrich Löwenberg. Die gesellschaftliche Situation im Salon der Löfflers erinnert den Leser übrigens sehr an die Anlässe, wie sie Arthur Schnitzler im sechs Jahre später erschienenen Roman «Der Weg ins Freie» (1908) schildert.

Ferner stößt man auf einen Namen wie jenen von *David Vogel*. 1891 im russischen Galizien geboren, verbrachte er seine Jugend in Wilna und Lemberg und kam 1912 nach Wien, wo er sich vermutlich der zionistischen Bewegung angeschlossen hat. 1929 wanderte er nach Palästina aus, hielt sich aber bereits ab 1930 in Paris auf, wurde 1944 an die Gestapo verraten, deportiert und wahrscheinlich in Auschwitz ermordet. Sein Roman in hebräischer Sprache (deutsch: Eine Ehe in Wien), 1929 in Tel Aviv und Jerusalem erschienen, ist die Studie zweier extremer Charaktere. Auch sie erlaubt Einblicke in die Spannungen zwischen jüdischer und nichtjüdischer Welt (hauptsächlichstes Vorurteil auf der christlichen Seite: «Die Stadt Wien ist vom einen Ende zum

anderen verjudet.» Dabei hielt sich der Anteil der Juden über Jahrzehnte hinweg bei zehn Prozent). Der Autor schildert seine Begebenheiten mit schwarzer Ironie, die auch nicht vor der Hochzeit seines Protagonisten kapituliert: «Dieser Tag, sein Hochzeitstag, war zugleich der langweiligste und bedrückendste seines Lebens. Es war ein unbehaglicher, in erstickenden, lästigen Dunst gehüllter Tag.»

### Eine beinahe verschwundene Welt

Zwar spricht Martha Keil bewußt von einer Auswahl, wenn sie an ihre Textsammlung denkt. Und sie räumt ein, daß bestimmt manche Leserinnen und Leser Namen vermissen werden. Mir ist es so ergangen, und es ist für mich schwer verständlich, warum Autorinnen und Autoren wie Ilse Aichinger, Hilde Spiel, Anna Maria Jokl, Franz Werfel, Mimi Grossberg, Peter Stephan Jungk, Felix Pollak oder die noch immer zu wenig bekannte Gattin Elias Canettis, die begabte Veza Canetti, hier nicht Eingang mit Texten gefunden haben. Die Enttäuschung mäßigt sich allerdings angesichts der Kollektion dichter, atmosphärischer Werkbeispiele der berücksichtigten Schriftsteller und Schriftstellerinnen. Wie herrlich, wieder einmal *Alfred Polgar* begegnen zu können, der die Ambivalenz einer widersprüchlichen Stadt wie Wien auf den Punkt gebracht hat: «Ich glaube an das Gute im Menschen, rate aber, sich auf das Schlechte in ihm zu verlassen. Mein Geburtsort ist Wien.» Und seine «Theorie des Café Central» lies man noch immer mit höchstem Vergnügen: «Das Café Central ist nämlich kein Kaffeehaus wie andere Kaffeehäuser, sondern eine Weltanschauung, und zwar eine, deren innerster Inhalt es ist, die Welt nicht anzuschauen.» Die jüdische Lust am Spiel mit der rhetorischen Figur des Paradoxons erreicht gerade in diesem Text brillante Kulminationen.

Ein reizvolles Spiel ergibt sich schließlich für den Leser und die Leserin selbst, die unversehens zwischen den einzelnen Texten so vieler verschiedener Autoren Verbindungen herzustellen vermögen, seien sie thematischer oder motivischer Art. Schließlich stellt sich so etwas wie ein jüdischer Textkorpus aus Wien her, unverwechselbar und unwiederholbar. Und wie reich ist dieser Personenbestand auf den Bühnen Wiens, der vom Rechtsgelehrten bis zum Bandljuden reicht. In einer Anzahl Fotos aus dem jüdischen Wien zwischen der Leopoldstadt (2. Bezirk) und der Synagoge an der Seitenstettengasse (1. Bezirk) wird die Welt der koscheren Metzgereien und Supermärkte, der Hauseingänge und Gedenktafeln, der Märkte und Denkmäler sichtbar. Die Menschen blicken mit ernstem Gesicht in die Kamera, zu viel hat sich an Leid in ihrem Gedächtnis eingegraben. Die Bilder laden jedoch den Betrachter dazu ein, selbst einmal den Spuren des jüdischen Wien nachzugehen, ein anderes Wien zu erleben – nicht das Wien der Heurigeneligkeit und des Donauwalzers.

Die jüdische Welt ist zwar weitgehend vernichtet worden; heute leben nur noch etwa 7000 Juden im gesamten Österreich, so daß Feiern wie die Bar Mitzwah oder eine Trauung zu seltenen Ereignissen werden, die vielleicht erstmals wieder nach Jahrzehnten stattfinden. Die Juden, die einst ihr Shtetl verlassen haben, um ans «Licht der Aufklärung» zu gelangen, sind tödlich enttäuscht worden. Eine österreichisch-jüdische Symbiose war so sehr eine Illusion wie die deutsch-jüdische, die z.B. ein Denker wie *Gershom Scholem* längst gründlich entlarvt hat. Nur in der Literatur hat diese jüdische Welt weitergelebt und nichts von ihrem Schmerz, aber auch ihrer Lust, eingeüßt. Martha Keils Buch ist ein Beitrag zur Gedächtnisarbeit der Nachgeborenen, die nicht vergessen dürfen, auch wenn sie in der Vergessenshauptstadt wohnen, «direkt am Lethefluß» (Robert Schindel). Sonst wird sich Baal Schems «Tor zur Erlösung» nicht einmal einen Spalt breit öffnen.

*Beatrice Eichmann-Leutenegger, Muri bei Bern*

Hinweis:

Jüdisches Städtebild Wien. Herausgegeben von Martha Keil. – Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1995, 260 Seiten.

## Literaturzensur

Der Herausgeber der hier besprochenen Studie\*, Richard Zipser, Professor für Germanistik an der University of Delaware, verschickte in den Jahren 1987/88 an vierundzwanzig ehemalige DDR-Autorinnen und -Autoren Fragebogen, in denen fünf Problembereiche angesprochen wurden: Notwendigkeit einer staatlichen Zensurpraxis; rechtliche Grundlage für deren Praxis in der Verfassung der DDR; Formen der Zensur in der DDR-Geschichte; inoffizielle oder offizielle Ausübung von Zensur in verschiedenen Institutionen; Ausweichen vor der Zensur. Im zweiten Teil seiner Untersuchung, die Zipser mit Hilfe einiger Personen durchgeführt hat, geht es um Insiderinformationen, die siebzig ehemalige DDR-Autoren aus einem Kreis von etwa 240 angeschriebenen Personen gegeben haben. Die zwischen November 1992 und Februar 1993 Befragten äußerten sich zu folgenden Problembereichen: die verschiedenen Formen der Literaturzensur; der Einfluß der Literaturzensur auf Sprache und ästhetische Positionen; exemplarische Fälle von Zensur; Ausübung von Selbstzensur und deren Motive; Formen der Zensur nach dem Weggang aus der DDR.

In der ausführlichen Einleitung zur Geschichte der Literaturzensur in der DDR erinnert Zipser daran, daß das Verbot von Büchern und sogar deren Verbrennung in Deutschland eine lange, unruhliche Tradition habe. Nach den niederschmetternden Erfahrungen mit dem Faschismus sei es im Ostteil Deutschlands zur Fortsetzung von Zensur und Unterdrückung Andersdenkender gekommen. Die totale Manipulation von veröffentlichter Meinung habe das Ulbricht-Regime von der Sowjetunion übernommen, wo sie nach der zaristischen Despotie von den Kommunisten seit 1917 mit unverhüllter Brutalität und raffinierter Tarnung betrieben wurde.

### Selbstzensur als tückischste Form von Zensur

Das Prinzip der Tarnung hatten auch die ostdeutschen Kommunisten bei der Handhabung der «öffentlichen» Meinung übernommen. Art. 27 der DDR-Verfassung garantierte die Meinungs-, Presse- und Medienfreiheit. Die Anwendung der Literaturzensur fand nach Zipser in einem raffiniert aufgebauten Filtersystem statt. Es bestand aus der *Selbstzensur* als der «tückischste(n) Form von Literaturzensur» (S. 16), der *Zensur durch die Verlage*, in denen das «ketzerische» Gedankengut der Autoren aufgespürt wurde, der *staatlichen Zensur*, die in den Händen der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel (HV) und dem Büro für Urheberrechte lag, und der *Parteizensur*. Sie bildete die Entscheidungsgewalt auf allerhöchster Ebene, dem Politbüro. Bevor ein besonders «gefährliches» Gedankenprodukt zum Gegenstand politbürokratischer Ängste wurde (vgl. dazu Erich Loest, *Der vierte Zensor*, Köln 1984), prüfte es der HV eingehend, ohne daß die dort sitzenden Zensoren über irgendwelche fixierten Richtlinien verfügten. Vielmehr mußten sie sich auf Fingerspitzengefühl und Intuition verlassen. Trotzdem gab es eine Reihe von Tabus, deren Verletzung sofort zum Verbot von Texten/Theaterstücken/Filmen führte. Es waren dies unter anderen die positive Darstellung der kapitalistischen Länder, Texte mit faschistischen Zügen, die kritische Darstellung der Sowjetunion, Kritik an bestimmten Zuständen in der DDR, Diskussion um die «Republikflucht», die Auseinandersetzung mit jeglichen Abweichungen von «sozialistischer» Lebensweise, Kritik an Polizei und Armee. Gewisse Lockerungen der Zensur führten in den Jahren 1972 bis 1975 zu Publikationen, die Ausdruck eines Burgfriedens mit den Intellektuellen werden sollten. Von diesem scheinliberalen Zwischenspiel profitierten Ulrich Plenzdorf («Die neuen Leiden des jungen W.»), Volker Braun («Unvollendete Geschichte») und Rainer Kunze («Brief mit blauem Siegel»). Auf die 1976 einsetzende Verschärfung des Zensurmechanismus (Auslöser war die Aberkennung der Staatsbürgerschaft Biermanns nach dessen Konzerten in der BRD)

reagierten zahlreiche Schriftsteller mit Anträgen auf Ausreiseerlaubnis und mit der Veröffentlichung ihrer Bücher auf dem westdeutschen Markt. Diejenigen Autoren, die in der DDR blieben und gewillt waren, mit ihren Texten weiterhin gesellschaftliche Zustände zu kritisieren, versuchten mit List und Tücke ihre Zensoren hinters Licht zu führen. Zipser zitiert in diesem Zusammenhang Joachim Seyppel, der wesentliche Textaussagen im Vorfeld mit einem sogenannten Porzellanhund versehen hatte. Es waren in der Regel provokante Aussagen, über die der Zensor stolperte, deren Ausmerzung er mit aller Schärfe (natürlich zum Wohl seines Autors) forderte. Wenn nach langer Auseinandersetzung dann das Porzellanhündchen geopfert würde, war in der Regel die wesentliche Textstelle gerettet. Was hier als amüsante Episode zur Rettung der Literatur präsentiert wurde, konnte natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Selbstzensur der Autoren im Schreibprozeß der entscheidende Faktor der Selbstverleugnung war. Zur Verdeutlichung dieses tragischen Konflikts zitiert Zipser Joachim Walther, der von bitteren Erfahrungen mit der Selbstdisziplinierung sprach.

### Chancen auf dem Westmarkt vor und nach der Wende

Die Frage nach den Wahlmöglichkeiten, die DDR-Autoren angesichts dieses Filtersystems hätten, beantwortet Zipser mit dem Hinweis auf den tschechischen Dramatiker Pavel Kohout, der seine Berufskollegen in drei Kategorien einteilt. Diejenigen, die sich selbst zensieren, um publiziert zu werden; die Gruppe der Exilschriftsteller, die qualitativ unterschiedliche Texte hervorbringen, und die Gruppe, die nur Schubladenliteratur produziert. Die besondere Situation der DDR-Autoren bestand nun darin, daß sie seit Beginn der 80er Jahre viele ihrer Schubladentexte in westdeutschen Verlagen publizieren konnten, wohl eingedenk der Tatsache, daß diese Verlage mit oppositioneller Literatur hohe Profitraten erzielen wollten. Diese besondere Situation hätte eine kleinere Gruppe von «geschäftstüchtigen» DDR-Autoren genutzt, um nur noch für den kapitalistischen Markt zu produzieren. Ihnen bescheinigt Zipser, daß sie die größten Schwierigkeiten bei der ästhetischen Umpolung nach der Wende gehabt hätten. Obwohl er (aus Gründen der Diskretion?) keine Namen nennt, wird der aufmerksame Leser unter den siebzig Autoren und Autorinnen, die auf den folgenden 220 Seiten ihre Meinung zur Literaturzensur kundtun, eine Reihe von Konjunkturrittern entdecken können.

## ORIENTIERUNG erscheint 2x monatlich in Zürich

Katholische Blätter für weltanschauliche Informationen  
Herausgeber: Institut für Weltanschauliche Fragen

### Redaktion und Administration:

Scheideggstraße 45, Postfach, CH-8059 Zürich  
Telefon (01) 201 07 60, Telefax (01) 201 49 83  
Redaktion: Nikolaus Klein, Karl Weber,  
Josef Bruhin, Werner Heierle, Pietro Selvatico  
Ständige Mitarbeiter: Albert von Brunn (Zürich), Beatrice Eichmann-Leutenegger (Muri BE), Paul Konrad Kurz (Gauting), Heinz Robert Schlette (Bonn), Knut Wolf (Nijmegen)

### Preise Jahresabonnement 1997:

Schweiz (inkl. MWSt): Fr. 51.- / Studierende Fr. 35.-  
Deutschland: DM 58.- / Studierende DM 40.-  
Österreich: öS 430.- / Studierende öS 300.-  
Übrige Länder: sFr. 47.- zuzüglich Versandkosten  
Gönnerabonnement: Fr. 60.- / DM 70.- / öS 500.-

### Einzahlungen: ORIENTIERUNG Zürich

Schweiz: Postkonto Zürich 80-27842-8  
Deutschland: Postbank Stuttgart (BLZ 600 100 70)  
Konto Nr. 6290-700  
Österreich: Z-Länderbank Bank Austria AG,  
Zweigstelle Feldkirch (BLZ 20151),  
Konto Nr. 473009 306, Stella Matutina, Feldkirch

Druck: Druckerei Flawil AG, 9230 Flawil

Abonnements-Bestellungen bitte an die Administration.  
Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn die Kündigung nicht 1 Monat vor Ablauf erfolgt ist.  
Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

## In eigener Sache

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dieser Ausgabe beginnt der 61. Jahrgang unserer Zeitschrift. Wir wollen uns bemühen, Ihnen weiterhin interessante und gute Beiträge zu bieten.

Wir hoffen, daß Sie, falls Ihre Abonnementsperiode mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, inzwischen unsere Rechnung erhalten haben. Obwohl wir die Rechnungen ein paar Tage vor Weihnachten (aus Kostengründen als Massensendung) versandt haben, sind diese – sogar im Raum Zürich – erst am 7. Januar bei den Adressaten angekommen. Wir werden uns nächstes Jahr bemühen, entsprechend früher zu fakturieren, so daß unsere Weihnachts- und Neujahrswünsche nicht so verspätet ankommen. Für die bereits eingegangenen und bald eingehenden Zahlungen möchten wir herzlich danken, sie ermöglichen uns die Fortführung unserer Publikation:

Wir können unsere Preise nur tief halten, weil wir den administrativen Aufwand in Grenzen halten. Wir kennen deswegen nur Abonnementsperioden von einem vollen Jahr. Wobei auch die Kündigungsfrist «1 Monat vor Ablauf» des Abonnements (siehe Impressum) in Erinnerung gerufen sei. Wir freuen uns auf ein gutes neues Jahr!

Ihre ORIENTIERUNG

Viel spannender indes ist die Lektüre der bekennenden, anklagenden, aber auch wehklagenden Aussagen von Literaten, die einerseits den Mechanismus der Knebelung durchschaut hatten und resignierten, andererseits in der Zensur eine verinnerlichte Ordnung entdeckten, mit der man leben konnte. Der größere Teil der Autoren sieht in der Zensur des Marktes, der sie sich nunmehr unterwerfen müssen, eine fast ebenso große Gefahr. Wolfgang Schreyer zum Beispiel, ein in der DDR angesehener Verfasser von Abenteuer- und Kriminalgeschichten, bekennt freimütig, wie er Selbstzensur ausgeübt hat, wirft indes dem westdeutschen Verlagswesen vor, daß nach 1990 99 Prozent von den 500 ehemaligen DDR-Autoren grundsätzlich keine Publikationschance gehabt hätten. Elke Erb hingegen, eine bedeutende Lyrikerin, Übersetzerin und Herausgeberin, bescheinigt in ihrem immer wieder zwischen Ost und West abwägenden Urteil beiden Verlagslandschaften ein hohes Maß an Borniertheit, die auf unreflektierten Bekenntnissen zu den jeweiligen ideologischen Systemen beruhen. Ebenso spannend sind die Aussagen von Jan Faktor, einem nach Berlin übersiedelten tschechischen Lyriker, der sich im Umfeld des neuropolitischen Klimas des Prenzlauer Berges zu einer apolitischen Ästhetik durchringt.

Die sorgfältig redigierte Ausgabe des Reclam-Verlages besticht durch ihre vielschichtigen Aussagen zu einer der übelsten Erscheinungsformen des DDR-Regimes. Ausgehend von einem vorgegebenen Frageraster erfährt der Leser, nicht zuletzt aufgrund der aufschlußreichen Selbsterkenntnisse der Befragten, viel mehr, als der Herausgeber jemals zu erreichen gehofft hatte. Solche über die intendierten Problembereiche hinausgehenden Erkenntnisse verdeutlichen sich immer dann, wenn die Korruptionsmechanismen sich über die Vorschriften der sich immer wieder verändernden Zensurmargen hinwegsetzen und das Gewinninteresse die Literaturmensen in Ost und West an einem Strang ziehen läßt. Wie gut, daß uns diese Dokumentation von neuem daran erinnert, daß Literatur – trotz verinnerlichter ästhetischer Normen – nichts als Ware geworden ist.

Wolfgang Schlott, Bremen

\* Fragebogen: Zensur. Zur Literatur vor und nach dem Ende der DDR. Hrsg. von Richard Zipser, Reclam Leipzig 1995. 341 Seiten, 24 DM.